
BESCHLUSSVORLAGE

V/2014/1954

Beratungsfolge:

Umweltschutz-, Wirtschaftsförderungs- und
Energieausschuss

Termin

04.06.2020

Entscheidung

Entscheidung

Öffentl.

Ö

Tagesordnungspunkt:



Antrag gemäß § 1 Geschäftsordnung: 1000 Bäume für Swisttal

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Sachverhalt:

Die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Swisttal hat einen Antrag gemäß § 1 Geschäftsordnung zum Thema „1000 Bäume für Swisttal“ gestellt, der die folgenden Punkte beinhaltet:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

- *Auf welchen Grünflächen der Gemeinde können langfristig Bäume angelegt werden?*
- *Lassen sich gemeindliche Flächen hierfür nutzen?*
- *Welche Kosten und welcher Aufwand sind mit der Anlage verbunden?*
- *Wie lässt sich das Engagement der Einwohner, Hochzeitspaare, Eltern von Neugeborenen und eventueller weiterer Baumpaten einbinden?*
- *Unten aufgeführte Maßnahmen auf den Weg zu bringen.*

Die im letzten Punkt angesprochenen Maßnahmen sind dem Antrag zu entnehmen, der als Anlage beigefügt ist.

Der Umweltschutz-, Wirtschaftsförderungs- und Energieausschuss hat in seiner Sitzung am 28. November 2019 (Tagesordnungspunkt Ö 10) über einen Antrag der SPD Ratsfraktion Swisttal zum Thema „Ökologische Aufwertung gemeindeeigener Flächen“ beraten. Die Gemeindeverwaltung hat in der dazugehörigen Beschlussvorlage (V/2014/1868) erläutert, warum nur eine strategische Vorgehensweise bei diesem Thema zielführend ist und wie sie diese im Rahmen des Freiraumkonzeptes erarbeiten möchte. Obwohl fraktionsübergreifend das Thema als wichtig erachtet wurde, zog die SPD Ratsfraktion Swisttal aufgrund der Erläuterungen den Antrag zurück.

In dem nun vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN spiegeln sich nun noch stärker die Fragen wieder, die bereits im Rahmen des Freiraumkonzeptes behandelt werden. Gerade bei der Aufforstung von Flächen oder Anpflanzung von Bäumen und Gehölzen sollte aber eine strategische Vorgehensweise gewählt werden, damit die Maßnahmen auch langfristig erhalten bleiben. Um die Ziele, die sich aus der Freiraumanalyse ergeben, zu erreichen, wird die Gemeinde auch Flächen tauschen oder erwerben müssen, da nur wenig geeignete Flächen in Gemeindeeigentum zur Verfügung stehen. Gerade durch die geplanten Treffen mit Naturschutzverbänden und der Landwirtschaft sowie durch die öffentlichen Workshops können Kooperationen und bürgerschaftliches Engagement gefördert werden.

Die Verwaltung möchte noch einmal betonen, dass sich der Umweltschutz-, Wirtschaftsförderungs- und Energieausschuss in seiner Sitzung am 28. März 2019 einstimmig für die Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes ausgesprochen hat. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, den Antrag abzulehnen, der inhaltlich die Fragen des Freiraumkonzeptes aufgreift.